

Betriebsrats-Mobbing: Einzelfälle? Ein flächendeckender Skandal!

Über einen jüngsten bekanntgewordenen Fall von BR-Mobbing berichtete die Frankfurter Rundschau in ihrer Ausgabe vom 11. August 2015. Unter der Überschrift „Die Hexe muss weg“ wurden die Attacken des Medikamentenherstellers Mundipharma gegen eine aktive Betriebsrätin dargestellt. Leider ist das kein „Einzelfall“, wie ein in dem Artikel zitierter IG BCE-Sekretär namens Alexander Wiesbach meint. Richtig ist vielmehr, dass nur Einzelfälle der Gewerkschaftsbekämpfung (des „Union-Busting“) und des damit einhergehenden BR-Mobbing in den Medien bekannt werden. Die enorme Dimension dieses meist ignorierten Skandals, das System der aggressiven Einschüchterung, des offenen Rechtsbruchs und der brutalen Existenzvernichtung, das hinter diesen „Einzelfällen“ steckt, wird nur selten beleuchtet.

Skrupelloses Vorgehen

Firmen unterschiedlicher Größe gingen und gehen skrupellos gegen Betriebsräte und engagierte Gewerkschaftsmitglieder vor, um diese lahm zu legen. Neben Mundipharma sind in der letzten Zeit zahlreiche ähnlich gelagerte Fälle bekannt geworden. Firmen wie Albert Hackerodt, AMG, Alstom, Bauhaus, Bilfinger, Burger King, Enercon, H&M, Hyundai, IKEA, KiK, Kömmerling, Maredo, Meyer Werft, nora systems, Rhenus oder Volksbank Kraichgau wurden und werden in diesem Zusammenhang meist, wenn überhaupt, in der Lokalpresse erwähnt. Dies ist jedoch nur die kleine, mehr oder weniger sichtbare Spitze des Eisbergs.



spezialisierte Rechtsanwalts-Kanzleien

Nicht nur willfähige „Betriebsrats-Mitglieder“, sondern vor allem hochbezahlte, auf derartige Dienste spezialisierte „Rechtsanwalts-Kanzleien“ (Naujoks, Schreiner & Partner usw.) sowie „Beraterfirmen“ spielen in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle. Nach vorsichtigen Schätzungen sind von diesen Machenschaften jährlich hunderte von gewerkschaftlich organisierten Betriebsratsmitgliedern direkt betroffen. In der Folge werden Belegschaften durch die Kaltstellung ihrer Interessenvertretungen eingeschüchtert. Auch die Familien der betroffenen Betriebsräte sind einem enormen Druck ausgesetzt, durch den sie oft zugrunde gehen.

Arbeitsgerichte und Staatsanwaltschaften weigern sich in der Regel, diese massiven Verstöße gegen das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz wahrzunehmen oder gar ihnen Einhalt zu gebieten. Seitens der Bundesregierung ist ebenfalls kein Eingreifen gegen diesen flächendeckenden Skandal der Be- und Verhinderung von Betriebs- oder Personalratstätigkeit zu erkennen.

Bundesweiten Widerstand aufbauen

Kleine Initiativen hingegen wie das Mannheimer Komitee Solidarität gegen BR-Mobbing oder aktion./arbeitsunrecht e.V. streiten seit Jahren gegen diese unhaltbaren Zustände. Auch einzelne Gewerkschaftsgliederungen engagieren sich

entschlossen. Was aber fehlt, das ist der konsequente, bundesweite Widerstand gegen diese Form des Klassenkampfes von oben. Das ist nicht zuletzt Aufgabe der Einzelgewerkschaften und ihres Dachverbands DGB, denn deren betriebliche Basis wird derzeit zerstört.

Es ist deshalb umso mehr zu begrüßen, dass es im Herbst gleich 2 Konferenzen gibt, die einen weiteren Beitrag zur Analyse des BR-Mobbing und zur Vernetzung einer öffentlichkeitswirksamen Gegenwehr leisten wollen.

Wolfgang Alles, Mannheimer Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“

Betriebsräte im Visier Bossing, Mobbing & Co. Was tun?

Konferenz mit betroffenen KollegInnen aus verschiedenen Branchen, Albrecht Kieser (work-watch), Klaus-Dieter Freund (Rechtsanwalt) und v.a.

Musik: Meltem

Samstag, 17. Oktober 2015

13.00 - 19.00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Einladung zum gemeinsamen Kongress zu Eingriffen ins Streikrecht und Union-Busting

Streikrechtsbeschränkung und Union-Busting stoppen!

Samstag, 7. November 2015 von 11.00 bis 19.00 Uhr
Sonntag, 8. November 2015 von 9.30 bis 13.00 Uhr

in Kassel im Bürgerhaus Harleshausen,
Rolf-Lucas-Straße 22



Weitere Infos auf Seite 2

Kongress zu Eingriffen ins Streikrecht und Union-Busting

Streikrechtsbeschränkung und Union- Busting stoppen!

Im Vorbereitungskreis für den gemeinsamen Kongress sind folgende Organisationen vertreten:

AG Betrieb und Gewerkschaft der Linkspartei, Aktion Arbeitsunrecht e.V.; Föderation Demokratischer Arbeitervereine (DIDF), express (Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit), Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO), Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG), Komitee "Solidarität gegen Betriebsratsmobbing" Mannheim, labournet.de, Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, Sozialistische Alternative (SAV), tie-Germany, ver.di Linke NRW.

Auch London will Streikrecht verschärfen

In den vergangenen Jahren gab es massive Eingriffe in Streikrecht in Spanien, Griechenland, Italien, aber auch in Frankreich und dieses Jahr in Deutschland mit dem Gesetz zur „Tarifeinheit“. Jetzt plant auch die britische Regierung die umfassendste Verschärfung des Streikrechts seit 30 Jahren.

So sollen Urabstimmungen nur noch gültig sein, wenn mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten daran teilnehmen. Dabei soll nur die Briefwahl erlaubt sein, betriebliche Abstimmungsverfahren wären ausdrücklich ausgeschlossen. Ein Streikbeschluss soll zukünftig nur noch maximal vier Monate gültig sein. Streiks und andere Protestaktionen sollen 14 Tage im Voraus angekündigt werden. Auch das Versammlungsrecht soll massiv eingeschränkt werden. Streikposten würden zukünftig etwa ein Armband tragen und Ausweisdokumente mitführen müssen, die sie jeder Person auf Anfrage vorzuzeigen hätten.

Kernstück des Gesetzentwurfes sind die neuen Rechte für den »Certification Officer«. Es handelt sich um einen von der Regierung bestellten Beamten, der in Großbritannien die Funktion einer Art Regulierungsbehörde für die Gewerkschaften hat. Wenn das Gesetz in Kraft tritt, wird dieser Beamte das Recht erhalten, jederzeit Beschwerdeverfahren gegen Gewerkschaften einzuleiten. Er kann außerdem das Ergebnis seiner eigenen Beschwerde festlegen und Gewerkschaften Geldbußen von bis zu 20.000 Pfund aufzwingen. Der »Certification Officer« wird so zum antigewerkschaftlichen Staatsanwalt, Richter und Vollzugsbeamten in einer Person. Über die Frage, was die Gewerkschaften dagegen unternehmen wollen, wurde Mitte September auch auf dem Kongress des britischen Gewerkschaftsbundes TUC in Brighton diskutiert. Die Gewerkschaftslinken machte ihre Position während einer Veranstaltung des National Shop Stewards Networks (NSSN), einer Vereinigung von Vertrauensleuten, im Vorfeld des Kongresses in Brighton deutlich. Ronnie Draper, Generalsekretär der Gewerkschaft der Beschäftigten in der Nahrungsmittelindustrie BFAWU erklärte: »Ich möchte nicht ins Gefängnis gehen. Aber ich werde es tun, wenn es nötig ist. Und da draußen sind Tausende Aktivisten, die dazu ebenfalls bereit sind.«

Tatsächlich existiert innerhalb der britischen Gewerkschaftsbewegung eine wachsende Entschlossenheit zum Widerstand gegen das Gesetz. Auf dem TUC-Kongress wurde ein von der Transportarbeitergewerkschaft RMT eingebrachter Antrag angenommen, der die Gewerkschaften zur »Überprüfung der Möglichkeiten von Generalstreiks« gegen das Gesetz verpflichtet.

(Infos aus Junge Welt-Artikel vom 25. September 2015: „Streikbruch per Gesetz“)

Samstag, 7. November 2015	
11.00 bis 13.15 Uhr	Eröffnung/Begrüßung, Erläuterung des Konferenzprogramms Einleitungsreferat: Union-Busting und Angriffe auf das Streikrecht Referent: Elmar Wigand - Initiative Arbeitsunrecht anschließend Diskussion
Mittagspause	
14.00 bis 15.00 Uhr	Erfahrungen bei internationaler Gewerkschaftsarbeit mit - Union-Busting (am Beispiel Türkei) Referentin: Kollegin aus Kocaeli von der Birleşik Metal-İs anschließend Diskussion
15.00 bis 16.00 Uhr	Betriebsratsmobbing: Von Repression zu Einbindung – von Einbindung zu neuer Repression Referent: Vertreter des Komitees "Solidarität gegen Betriebsrats- mobbing" Mannheim, Vertreter von TIE Bildungswerk e.V.
Kaffeepause	
16.30 bis 19.00 Uhr	<ul style="list-style-type: none"> • Kurzvorstellung Arbeitsgruppen im Plenum • Arbeitsgruppen: • Repression gegen spontane Streiks bei Daimler Bremen gegen Fremdvergabe (Betriebsräte Daimler Bremen) • Streikabbruch in der Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienste (politische Sekretäre/Aktive von verdi-NRW und Stuttgart) • Auseinandersetzung an der Berliner Charité um mehr Personal (Kalle Kunkel, Streikleiter der Berliner Charité) • Poststreik: Flächendeckende Streikbruchorganisation, Repression und Rolle der Gewerkschaft (Vertrauensfrau / Streikaktivistin) • knastspezifisches Union-Busting (Oliver Rast, Sprecher der Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation (GG/BO))
Sonntag, 8. November 2015	
9.30 bis 10.30 Uhr	Bedeutung und Folgen des neuen Tarifeinheitgesetzes – Auswirkungen auf die Gewerkschaftsbewegung Referent: stellv. Bundesvorsitzender der GDL Norbert Quitter
10.30 bis 11.30 Uhr	Wie den Angriffen auf Streikrecht und Union-Busting wirkungsvoll begegnen? Thesen aus den Arbeitsgruppen
Kaffeepause	
11.45 bis 13.00 Uhr	Aussprache, Diskussion, Vereinbarungen

Anmeldung bis 20. Oktober 2015:

Vorname:.....
 Name:.....
 Straße:.....
 PLZ:.....
 Ort:.....
 Betrieb:.....
 Gewerkschaft:.....
 Forum / Initiative:.....
 Telefon:.....
 E-Mail:.....

Anmeldungen und Rückfragen bitte an:

Forum gewerkschaftliche Gegenmacht Wiesbaden

Nauroder Str. 130, 65191 Wiesbaden, Tel.: **0611 564648**

forum@gewewi.de

Streikrecht verteidigen

Das im Mai von der Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD durchgesetzte „Tarifeinheitsgesetz“ beinhaltet ein Streikverbot durch die Hintertür. Ver.di, NGG und GEW sprachen sich deutlich gegen die Eingriffe ins Streikrecht aus, anders als die Spitzen von IG Metall, IG BCE und DGB. Auf dem Bundeskongress von ver.di Ende September kündigte Bsirske an, eine Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz einzureichen. Bislang haben diesen Schritt lediglich mehrere Berufsgewerkschaften getan.

Weitere Infos: www.labournet.de/gewlinke/

Ein bisschen Aufwertung in der Kita

Fast drei Tage haben die Verhandlungen zwischen dem Kommunalen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften ver.di, GEW und DBB gedauert, um ein um 9 Millionen € verbessertes Ergebnis für die rund 240.000 städtischen Erzieherinnen, Sozialarbeiter und andere zu erzielen. Das ist gegenüber dem Schlichtungsergebnis eine Erhöhung um 3 %. Das alleine lässt erahnen, wie zäh diese Verhandlungen gewesen sind. Dabei muss festgehalten werden, dass es diese Verhandlungen gar nicht gegeben hätte, wenn die Mitglieder nicht mit einer fast 70 % igen Mehrheit das Schlichtungsergebnis abgelehnt hätten.



Diese Ergebnisverbesserung ist also alleine der Entscheidung der Mitglieder zuzuschreiben. Auch wenn das Ergebnis insgesamt weit von den gewerkschaftlichen Forderungen entfernt ist, so ist durch die Verbesserungen doch eine bessere Verteilung der unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen erreicht worden.

SozialarbeiterInnen und PädagogInnen gehen nicht mehr leer aus und die EinsteigerInnen bei den Erziehungsdiensten bekommen höhere Steigerungen als bei dem Schlichtungsergebnis. So bekommen ErzieherInnen, die als Vollzeitbeschäftigte in den Beruf einsteigen, zwischen

93 und 138 Euro mehr pro Monat. Zusätzlich sind auch Verbesserungen für Sozialarbeiter vorgesehen, allerdings nur, wenn sie im Allgemeinen Sozialdienst beschäftigt sind. Sie sollen zwischen 30 und 80 Euro mehr erhalten.

Der Vorsitzende von ver.di, Frank Bsirske, bezifferte die durchschnittlichen Erhöhungen mit 3,73 %, was eine Erhöhung um 0,4 % gegenüber dem Schlichtungsergebnis bedeutet. Die Verhandlungsdelegationen aller 3 Gewerkschaften empfahlen den verantwortlichen Gremien die Annahme dieses Verhandlungsergebnisses. Bei den am 2. Oktober stattgefundenen Beratungen der Tarifkommission und der Streikdelegiertenkonferenz wurde das Ergebnis durchaus kritisch diskutiert, aber letztendlich akzeptiert. Das letzte Wort werden die Mitglieder in einer Urabstimmung über dieses Ergebnis haben. Begrüßenswert ist die hohe Beteiligung der Mitglieder. Diese ist beispielhaft für andere Gewerkschaften, aber auch für andere verdi-Fachbereiche.

Helmut Born, verdi-Linke NRW

Kampf um Grundrechte in Indien

Anfang September gab es große Proteste gegen die Modi-Regierung in Indien. Am Generalstreik der 10 großen Gewerkschaftsverbände haben sich mindestens 150 Millionen Werktätige beteiligt. Sie fordern höhere Mindestlöhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Betroffen waren das Transportwesen, die Hafenwirtschaft, der Sektor der Banken und Versicherungen, die verarbeitenden Industrien, das Baugewerbe und der Bergbau. Auch Beschäftigte im sogenannten informellen Sektor, also Tagelöhner, Hausangestellte, Hilfskräfte und Straßenverkäufer, waren aufgerufen, die Arbeit niederzulegen und höhere Mindestlöhne und bessere Arbeitsbedingungen zu fordern. Rund 90 Prozent der Arbeitenden sind im »informellen Sektor« beschäftigt, ohne gewerkschaftlichen Schutz besonders brutal ausgebeutet. Mit Stolz stellten die Gewerkschaften fest, dass es sich um die größte Protestaktion seit langem gehandelt hatte. Es war der 16. Generalstreik seit 1991, als die damalige Regierung der Kongresspartei den ökonomischen Kurs grundlegend änderte. Diese kapitalfreundliche Politik setzt die Modi-Regierung seit ihrer Amtsübernahme im Mai 2014 mit Nachdruck fort. Die Rechtsänderungen für den Arbeitsmarkt verschärfen die himmelschreiende soziale Ungleichheit und dienen zweifellos den Interessen des indischen und des ausländischen Kapitals. In einem von Neu-Delhi ignorierten Zwölf-Punkte-Katalog verlangten die Gewerkschaften in den Verhandlungen unter anderem, die Grundrechte der Beschäftigten zu sichern, die Privatisierung staatlicher Betriebe zu stoppen und die Auslandsinvestitionen in die Eisenbahn, das größte staatliche Unternehmen, sowie in die Rüstungsindustrie zu verbieten. Sie fordern eine Sozialversicherung für alle Arbeiter, Mindestlöhne von umgerechnet knapp über 200 Euro, die Erhöhung von Renten und Maßnahmen gegen Preisauftrieb und Arbeitslosigkeit.

Streik und Daseinsvorsorge.

Zehn Thesen und ein Resümee. Von Ulrike Wendeling-Schröder

Anfang des Jahres legte die CSU im Windschatten des Vorstoßes der Bundesregierung zur Einschränkung des Streikrechtes durch ein „Tarifeinheitsgesetz“ ein Papier vor, indem sie auf eine zusätzliche Einschränkung des Streikrechtes in den Bereichen der Daseinsvorsorge drängt. Der Vorstoß wurde im Arbeitgeberlager freudig aufgegriffen. Die Arbeitsrechts-Professorin Ulrike Wendeling-Schröder untersucht dieses Anliegen und kommt zu dem Schluss: „Es gibt keinen überzeugenden Sachgrund zugunsten streikbezogener Sonderregeln im Bereich der Daseinsvorsorge. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind schädlich für die Tarifautonomie und widersprechen Art. 9 III GG. Die bisherigen einzelfallbezogen/konkreten Grenzziehungen sind sachgerechter als eine abstrakt/generelle gesetzliche Regelung.

Weitere Infos unter:

<http://www.rosalux.de/publication/41649/streik-und-daseinsvorsorge.html>

Erneuerung geht von unten aus

Neue gewerkschaftliche Organisationsansätze im Einzelhandel - Das Beispiel H&M.

Analyse von Michael Fütterer und Markus Rhein

In den letzten Jahren ist es mit innovativen Methoden gelungen, zahlreiche neue Betriebsräte bei H&M zu gründen und dabei zugleich gewerkschaftliche Strukturen im Betrieb aufzubauen. Wie das gelang, was daraus gelernt werden kann und wie solche Erfahrungen die Debatten um gewerkschaftliche Erneuerung bereichern können, untersuchen die Autoren in einer Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<http://www.rosalux.de/publication/41574/erneuerung-geht-von-unten-aus.html>

Deutsche Waffen, deutsches Geld morden (und vertreiben) mit in aller Welt Solidarität statt Fremdenfeindlichkeit

Stellungnahme des Arbeitsausschusses der Gewerkschaftslinken

Gestützt auf die Staatsgewalt der imperialistischen Hauptländer, allen voran der USA und der deutschlanddominierten EU, haben monopolistische Konzernverbände in allen Teilen der Welt ein Netz von korrupten Regierungen geschaffen, die ihnen willfährig alles zur Verfügung stellen, was sie sich zur Absicherung ihrer Maximalprofite wünschen. Statthalterregierungen kassieren Millionen und verschieben Billionen auf Kosten der Verelendung der Bevölkerung. Regierungen, die das nicht stromlinienförmig mitmachen, werden mit Regime-Changes wegzuputzen versucht oder sonstiger politischer, ökonomischer oder militärischer Aggression ausgesetzt. Deutschland wird nicht nur am Hindukusch „verteidigt“, die Bundeswehr ist fast weltweit „zur Sicherung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten, Verkehrswegen, strategischen Aufmarschgebieten und geopolitischen Einflusszonen“ im Einsatz. Terror-Armeen wie die Taliban, Al-Qaida, IS oder die Ukrainischen Faschisten sind Geschöpfe dieser Strategie. Geraten sie außer Kontrolle, werden neue Terror-Armeen geschaffen.

Weltweit sind (geschätzt) derzeit 60-Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor diesen Mörderbanden, sie fliehen vor militärischen Aggressionen, aber auch vor Hunger und Elend, die ebenfalls der Ausplünderung der ganzen Welt durch die genannten Konzerne entspringen. Sie müssten nicht fliehen, wenn ihre Bodenschätze ihnen gehören würden, wenn ihr Land nicht an Großkonzerne verschleudert wäre, die Monokulturen schaffen, welche die heimische Wirtschaft kaputt machen, wenn ihre Umwelt nicht durch Raubbau an der Natur zerstört würde, meist sogar unter Missachtung von Umweltstandards, die den Konzernen „zu Hause“ auferlegt wären, wenn ihnen nicht sogar das Trinkwasser geraubt oder vergiftet würde. Selbst der Klimawandel, der große Teile der Welt tendenziell unbewohnbar macht, wird überwiegend nicht dort verursacht, wo die Menschen am meisten unter ihm zu leiden haben. Den Menschen wird sprichwörtlich die Lebensgrundlage entzogen, sie haben die Wahl zu migrieren oder vor Ort zu krepieren.

Natürlich schafft das berechtigte Wut. Damit die sich nicht am Ende doch gegen die wirklichen Verursacher richtet, wird der (diesen Verursachern gegenüber ohnmächtige) Zorn gegen Andersdenkende, Andersgläubige, Angehörige anderer ethnischen Gruppen usw. gelenkt. Die Herrschenden schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie lenken von sich ab und mobilisieren zugleich Büttel, die sie für ihre Profitsicherung, z.B. für Regime Changes nutzen können. Die einen Entwurzelten werden zu radikalisierten Terroristen, die wiederum Massenfluchtbewegungen auslösen. Die anderen Entwurzelten werden zu Flüchtlingen, die auch in die Länder drängen, deren Militärs, deren Banken und Konzerne, deren Politiker ihnen das Überleben in der Heimat unmöglich gemacht haben.

Sie stoßen hier auf Leute, denen ebenfalls der Boden unter den Füßen weggezogen wird, ebenfalls ohnmächtig gegenüber den Verursachern und mangels erkennbarer echter linker Alternativen dazu neigen, rassistischen und neofaschistischen Parolen zu folgen.

Die Profiteure heizen diese Stimmung an. Wenn sie „Auffanglager“ außerhalb Europas fordern, beliebige Länder zu „sicheren Herkunftsländern“ deklarieren mit dem erklärten Ziel, „schnelle Abschiebung“ sogenannter „Wirtschaftsflüchtlinge“ zu ermöglichen, Aussiedlung nach Gesichtspunkten der „Verwertbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte“ hierzulande wollen und im Übrigen fordern, die „Lasten“ „gerecht“ auf die europäischen Länder zu verteilen. Das ist objektiv Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen.

Wo der rechte Terror geschäftsschädigende Image-Schäden verursacht, wird zwischendurch auf die Tränendrüsen gedrückt, vage aber medienwirksam mit staatlicher Repression gegen Rassisten und Neofaschisten gedroht, die aber in der Praxis sehr bescheiden bleiben.

Wer dem Elend entflieht, das der Kapitalismus über seine Heimat gebracht hat, ist kein Wirtschaftsflüchtling, egal was die politischen und juristischen Pfennigfuchser des Kapitals interpretieren. Die wirklichen Fluchtursachen, die Zerstörung der Lebensgrundlagen dort, wo die Menschen zu Hause sind, müssen abgeschafft werden.

Dazu braucht es mehr als eine „Willkommenskultur“, so wichtig diese auch ist. Dazu braucht es antikapitalistischen Widerstand, der die Ausplünderer der Welt stoppt. Antikapitalistische Alternativen werden auch das einzig wirksame Mittel sein, hierzulande Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus zu stoppen. Das ist schwer, doch wenn es nicht gelingt werden wir (wie Berthold Brecht einst schrieb) „etwas erleben, was wir nicht für möglich halten“.

Bis es so weit sein wird, müssen uns alle Menschen, die vor Terror, Hunger und Elend zu uns fliehen, willkommen sein.

Kongress des ver.di-Bezirks Stuttgart und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Ba.-Wü.

„Es ist unser Leben – neue Kämpfe um Zeit!“

Erklärtes Ziel des ver.di Bezirks Stuttgart ist es, die Arbeitszeitverkürzung in betrieblichen und gewerkschaftlichen Debatten wieder zu einem wichtigen Thema zu machen. Mit diesem Kongress knüpfen wir an die Arbeitszeit-Diskussion der Betriebs- und Personalrätekonferenz im September 2014 an und wollen diese weiter voran bringen. Wir wollen nicht (nur) über bestimmte Modelle diskutieren, sondern darüber, wie wir die Frage der Arbeitszeitverkürzung wieder gesellschaftsfähig machen.

Samstag, 24. Oktober, 10:00-15:00

theo2, Theodor-Heuss-Strasse 2, Stuttgart

Bitte meldet euch an:

per email unter bz.stuttgart@verdi.de,

telefonisch unter 0711/1664-000, per Fax unter 0711/1664-209



LabourNet Germany

Basisnah, gesellschaftskritisch

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter

Löwen – Christa Hourani –

Christiaan Boissevain

E-Mail: forum@gegewi.de

Redaktionsschluss:

3. Oktober 2015